

---

BM Dr. Ursula Plassnik  
Europa-Forum Wachau, Stift Göttweig, 2. Juni 2007

Hochwürdigster Herr Abt!  
Herr Landeshauptmann!  
Liebe Frau Präsidentin!  
Liebe Hanni Mikl-Leitner!  
Liebe Kinga Göncz!

... in dieser Woche zum zweiten Mal schon, danke, an meiner Seite ...  
Meine Damen und Herren!

Ich möchte vor allem auch die jungen Teilnehmer an diesem Europa-Forum heute begrüßen; es ist schön, dass sie mit uns sind. Es ist schön, dass wir wieder hier sein dürfen. Es wurde erwähnt, das letzte Jahr stand für uns doch sehr stark im Zeichen des EU-Vorsitzes. Das Wort „Präsidentschaft“ habe ich mir angesichts der Mühen dann abgewöhnt. Es klingt so großartig, Vorsitz ist nüchterner und trifft die Sache besser.

Ich möchte sagen, dass wir uns wirklich freuen, wieder hier sein zu dürfen. Wir haben ja auch während der Präsidentschaft, während des Vorsitzes gut zusammengearbeitet und den einen oder anderen durchaus weiter wirkenden Impuls gesetzt.

Herr Landeshauptmann, Du hast die Subsidiaritätskonferenz erwähnt. Sie spielt eine Rolle. Sie spielt weiterhin eine Rolle in der Verfassungsarbeit, in der Arbeit an den Grundregeln der Europäischen Union, die wir noch nicht abgeschlossen haben. Das wird auch so schnell nicht der Fall sein insgesamt, denn die europäische Union ist vor allem etwas, eine lebendige, eine lernende Organisation, die sich fortentwickelt, die die Fähigkeit zur Selbstkritik zum Weiterentwickeln hat, und das ist einer der ganz großen Vorteile.

Lassen Sie mich vielleicht ein, zwei Vorbemerkungen machen. Paul Lendvai, ich danke Dir, wie immer, charmant, das ist unerschöpflich bei Dir, listig und launig, Du hast uns, Gott sei Dank, wieder zu Recht gerückt die wahre Rolle der Bundesländer in diesem Staat und die wahre Rolle der Bundesländer in diesem Europa. Ich danke Dir dafür.

Das Außenministerium, es stimmt, habe ich umgetauft in das Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Die ehemaligen Botschafter, das habe ich dann bei einem Treffen mit ihnen festgestellt, waren recht schockiert über diese Vorgangsweise, denn wie kommt eine vergleichsweise junge Frau einfach dazu, das Außenministerium abzuschaffen, jahrhunderte von Tradition. Ich habe kein besonders schlechtes Gewissen, um ehrlich zu sein, denn ich wollte damit auch etwas zum Ausdruck bringen, was uns hier bewegt, was uns alle bewegen muss, nämlich, das Aufhören etwas als Auswärtig zu empfinden, was ist schon in dieser modernen vernetzten, globalisierten Welt Auswärtig? Was ist Inwärtig? Was ist eigentlich der Gegensatz? Was ist auch fremd? Darüber würde sich auszahlen zu reflektieren. Ich habe nur mit Freude gesehen, dass in Frankreich ein ähnlicher Schritt gesetzt wurde, und dass das französische Außenministerium in Zukunft auch „Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten“ heißen wird. Wir sollten an diesem Bewusstseinsprozess mitwirken und dann und wann auch eine kleine äußere Geste setzen. So war es gemeint, andere erleben es auch so!

Ich freue mich, heute auch eine Reihe von Frauen hier zu sehen, mit denen ich nämlich in den letzten Wochen und Monaten in der Nachbarschaft viel zu tun gehabt habe, Frau Präsidentin Ergma, Präsidentin des estnischen Parlaments; Kinga Göncz, meine geschätzte Kollegin aus Ungarn. Wir waren vor nicht langer Zeit gemeinsam in Chisinau, wir haben dort in Moldawien ein bahnbrechendes Projekt eigentlich eingeweiht, und wir sind ziemlich stolz darauf. Lassen Sie mich daher das an den Beginn meiner Ausführungen stellen. Wir haben dort zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union eine gemeinsame Visa-Einreichsstelle eröffnet. Das klingt bescheiden, aber das war ein Riesending. Wir haben Österreich und Ungarn extra einen Staatsvertrag zu diesem Zweck abgeschlossen, parlamentarisch in Rekordzeit, ratifiziert bei uns, also, es war juristisch gar nicht einfach, Franco Frattini hat den schwierigen Teil auf der europäischen Seite machen müssen – hat es hervorragend gemacht. Wir wollten damit ein Zeichen setzen, ein Zeichen der Verbundenheit mit Moldawien einerseits, politisch ein Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen, die ein Recht darauf haben, dass sie ein geordnetes, möglichst einfaches Verfahren bei den Visa-Anträgen haben, aber auch ein Zeichen für unsere Bürger, für uns selbst, wir haben ein ganz prononciertes Interesse an mehr Sicherheit für alle. Wir wollen in diesem Bereich auch die

Dinge ernst nehmen, wir erwarten uns von einem solchen Schritt, dass tatsächlich mehr und bessere Sicherheit im Visa-Verfahren, im Vis-Verfahrensbereich geschaffen werden kann. Und es war – auch das ist interessant – ein Projekt der kleineren, wenn ich Ungarn jetzt einmal unter die kleineren, mittleren Länder einordnen darf, denn Ungarn hat hier die Führerschaft übernommen – vom Thema, von der Infrastruktur her; wir sind sehr dankbar, wir haben sozusagen angehängt, und jetzt kommen auch die größeren, die noch größeren und interessieren sich für dieses Projekt, versuchen zu sehen, was uns da eigentlich gelungen ist, die Impulse in der Europäischen Union, und da komme ich auch wieder zurück zu den Regionen, gehen nicht immer von den Großen aus. Natürlich sind die Großen, vor allem Deutschland und Frankreich, von einer Art Kampf- und Krisenzone zu einer Kernzone, der Kraft und der europäischen Einigung und des europäischen Fortschritts geworden, aber auch die kleineren und mittleren haben ihre interessanten Beiträge immer zu machen.

Meine Damen und Herren!

Das Thema des heutigen Europaforums klingt ja sehr einfach. Es ist diese Art der vordergründigen Schlichtheit, die immer intellektuell eigentlich besonders anspruchsvoll ist, und auch politisch, denn, was ist das – bürgernahes Europa, von Menschen für Menschen? Im Grunde geht es ja um nichts Weniger als die Frage, was diese Europäische Union im 21. Jahrhundert zusammenhält, im Innersten zusammenhält. Und es ist wahr, wir erleben Zeiten, in denen sich sehr Vieles rasch verändert, in einem Tempo, das wir bisher auch noch nicht gekannt haben. Und Menschen, wir selbst, unsere Mitbürger, brauchen Leitplanken, an denen wir uns orientieren, notfalls auch anhalten können.

Mehr als zuvor brauchen wir heute eine Politik, die Brücken zwischen den traditionellen europäischen Werten und den Bedürfnissen unserer modernen Welt schlägt, eine Politik, die eine zeitgemäße Interpretation und Anwendung des Europagedankens ist. Hier sehe ich einen Auftrag für uns Europapolitiker. Das sind wir alle, wenn wir dieses Europa nicht als unsere Angelegenheit, unsere Sache begreifen, dann sitzen wir hier einem großen Missverständnis auf. Es geht nicht darum, Europa, die Europapolitik in einer Art Outsourcing an bestimmte Personen zu übertragen, die dann

sozusagen satzungsgemäß dafür zuständig sind, nein, Europapolitik ist unser aller Anliegen, unser aller Arbeit.

Ein Wort zur Stimmung. Ich habe mich gefreut über die Meinungsumfragen hier in Niederösterreich über ein Meinungsbild, das sich positiv entwickelt in wichtigen Fragen. Es bestätigt, was auch mein Gefühl und die Zahlen sind, die wir ja österreichweit haben. Es gibt vielleicht am Anfang eine Skepsis, ein Abwarten, aber in dem Moment, wo man sieht, dass die Dinge, die Projekte funktionieren, werden auch die Vorteile erkennbar, und dann ändert sich auch das Meinungsklima. Ich bin daher nicht jemand, der übergroße Bedeutung der sogenannten schlechten Stimmung in Europaangelegenheiten beimisst. Die Stimmung, meine Damen und Herren, das wissen wir, kann nicht immer überschäumend sein. Adolf Musch, den ich am 9. Mai eingeladen haben, ganz bewusst als Schweizer, um mit uns, mit jungen Leuten zu diskutieren im Ministerium, hat gesagt, es gibt so etwas wie ein europäisches Eheverhalten, das nicht nur Leidenschaft beinhaltet und umfasst, sondern auch tiefere Gefühle der Verbundenheit, der Liebe, das was Du, Herr Landeshauptmann, mit Herzensanliegen ausgedrückt hast, das vielleicht nicht immer in emotionaler Höchstform sich artikuliert und in einem unentwegten Positivbekenntnis, sondern, das auch dann und wann kritische Momente einschließt und berechtigte Fragen, denn dahinter steht ja die europäische Fragekultur, eine ganz bestimmte politische Kultur auch, die tiefe Wurzeln in diesem Europa hat, das Fragen, das Hinterfragen, das ständige Hinterfragen.

Da bin ich eigentlich schon beim ersten Punkt dessen, was ich zum Auftrag Politik für Bürger sagen möchte, nämlich, das Hinhören, das genaue Hinhören, das Eingehen auf die spezifischen Anliegen, Bedürfnisse und Sorgen, auch auf die Erwartungen. Die Antwort, die wir, oder die Vorgangsweise, die wir im Rahmen des österreichischen Vorsitzes auch entwickelt haben, war, dieser Gedanke des Europas der konkreten Projekte, kein abstraktes Europa, das sich aus geschichtlichen Vorstellungen speist, sondern ganz konkrete Projekte.

Es ist mir deswegen auch wichtig, weil wir auf Kritik anders eingehen müssen als wir das bisher getan haben, denn etwas beunruhigt mich immer wieder in der europäischen Diskussion. Das ist das Übermaß an Ängsten, die artikuliert werden, auch schon von jungen Menschen, das war für mich

eigentlich die eindrucksvollste Botschaft an diesem 9. Mai, an der Diskussion mit jungen Menschen. Ich finde hier sehr viele Ängste, die auszusprechen man sich manchmal nicht traut. Das ist schlecht. Man sollte die Ängste ansprechen, man sollte darüber diskutieren, denn nur so können wir vermeiden, dass Europa nicht zu einem Kontinent der Ängste wird, getrieben von Ängsten, sondern ein Kontinent der Zuversicht bleibt. Das ist das Gefühl, das wir brauchen, das wir wollen, und es ist letzten Endes das produktivste Gefühl, das Europa nach vorne gebracht hat.

Der zweite Punkt ist: Moderne Europapolitik im Interesse der Bürger bedeutet ein gezieltes Investieren in unsere Zukunftsfestigkeit, in die Zukunftsfähigkeit Europas. Schwung nach vorne, ja, das ist es, was wir brauchen! Wir brauchen dieses Bewusstsein, dass die Arbeit an der Zukunft, an den Projekten der Zukunft, an den Herausforderungen etwas ist, wo wir unsere Kräfte entsprechend bündeln müssen.

Lassen Sie mich zu diesem Europa der Projekte vielleicht ein paar Beispiele bringen, ein paar Beispiele, die vielleicht auch im Alltagsleben verdeutlichen, was dieses Europa uns bringt. Denn das ist ja auch eine Frage, die zurecht immer wieder auftaucht, was bringt's mir? Was bringt es dem Einzelnen? Was hat das für mich für einen greifbaren, wenn geht auch finanziellen Vorteil? Natürlich nicht nur die Palette von preisgünstigen Waren und Dienstleistungen, von billigen Handys und Flügen, bis zu europaweiten Geldüberweisungen zum Inlandstarif, sondern auch, und das fällt manchmal unter den Tisch der Wahrnehmung, besserer europaweiter Verbraucherschutz, von der Gewährleistung für defekte Waren bis zum Schutz vor den Tücken von Pauschalreisen in andere Länder und vor unliebsamen Erfahrungen mit verspäteten Flugzeugen. An all diesen Themen arbeiten wir. Hier überall hat es ganz konkrete Antworten gegeben.

Die Bürger der Europäischen Union kommen nicht nur in den Genuss von Reise- und Aufenthaltsfreiheit, sie können auch sozialrechtliche Ansprüche ins Ausland mitnehmen, von Gesundheitsleistungen, wenn sie im Urlaub etwa krank werden, bis zur Auszahlung von Pensionen, wenn sie sich etwa in anderen EU-Staaten niederlassen.

Europa weiß, dass es in die Zukunft investieren muss, und dabei vor allem in den wertvollsten Rohstoff des 21. Jahrhunderts, nämlich in die Bildung, in die Talente seiner Menschen. Das ist notwendig, um europäische Wettbewerbsfähigkeit, Standortfestigkeit und damit letztlich auch unsere eigene Lebensqualität wahren zu können.

Deshalb werden in der laufenden siebenjährigen Finanzperiode der Europäischen Union um 70 % mehr in Forschung und Entwicklung und um über 50 % mehr für Bildung ausgegeben werden als im Zeitraum davor. Das, meine Damen und Herren, sind ganz konkrete Investitionen in künftigen Wohlstand.

Stichwort: Solidarität

Die Europäische Union hinterlässt immer wieder ihre Visitenkarte in Form von Projekten, die den Regionen helfen sollen, ihr wirtschaftliches Potenzial besser zu mobilisieren. Auch Österreich ist laufend in den Genuss solcher strukturpolitischen Investitionen gekommen, allein hier in Niederösterreich waren es in den letzten sieben Jahren nicht weniger als 1.400 Projekte. Der Herr Landeshauptmann hat uns das ja auch deutlich gemacht, wie Niederösterreich auch es verstanden hat, diese Investitionen, diese europäischen Investitionen umzusetzen in einer höheren Außenhandelsverflechtung, investiert hat, damit mehr Arbeitsplätze, mehr Sicherheit für die Menschen geschaffen hat, nicht nur hier in Niederösterreich, und das ist ein Punkt, den ich machen möchte, denn jede dieser Investitionen ist nicht nur ein Vitaminstoß für die betroffene Gegend, sondern auch ein Wachstumsimpuls für die gesamte Europäische Union, denn sie entspringt dieser gemeinsamen Überzeugung, dass die Stärkeren den Schwächeren helfen müssen, damit es allen gemeinsam besser geht.

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund dieser wunderschönen Landschaft – wenn man hierher kommt nach Göttweig – vielleicht eine Bemerkung machen zum ländlichen Raum.

Die Europäische Union kann kein Projekt nur für Stadtmenschen sein. Sie ist auch nicht ein Projekt nur für Landmenschen, aber es ist uns ganz wichtig, dass Beides vorkommt, dass Beides bewusst ist, und dass wir für Beides entsprechende Fördermittel zur Verfügung haben.

Wir haben bei den letzten EU-Finanzverhandlungen – Österreich auf seine Größe umgelegt – mehr EU-Fördermittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes erhalten als jeder andere EU-Mitgliedsstaat. Das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können, und auf diesem Erfolg werden wir auch aufbauen.

Wenn jährlich rund 30 Millionen Menschen ihren Urlaub in Österreich verbringen und der Beitrag des Tourismus zur Gesamtwirtschaftsleistung in unserem Land fast 9 % beträgt, dann hat das auch sehr viel gerade mit einem intakten ländlichen Raum zu tun, das heißt aber auch – wie wir es im Regierungsprogramm ja festgeschrieben haben –, wir werden uns in den künftigen Finanzverhandlungen energisch dafür einsetzen, dass wir diesen attraktiven, wirtschaftlich starken ländlichen Raum mit seinen Beschäftigungsmöglichkeiten auch weiterhin absichern und erhalten.

Der behutsame Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen ist ein Thema, das für die Europäische Union zu den Vorreiterthemen gehört, wo die Europäische Union selbst eine Vorreiterrolle übernehmen will. Diesen Willen haben wir sehr klar ausgedrückt bei den Verhandlungen und den Beschlüssen des Europäischen Rates im Frühjahr. Wir werden mit diesem Anspruch auch an unsere Partner in der Welt herantreten, es ist kein leichtes Unterfangen, das wissen wir, aber wir werden hier die notwendige Hartnäckigkeit entwickeln, auch aus der Überzeugung, dass dieses Bewusstmachen und Eingehen auf den Klimawandel in Räume wirtschaftliche Möglichkeiten, kreative Möglichkeiten freisetzen wird. Die europäische Industrie, da bin ich ganz zuversichtlich, wird sich dieses Themas sehr innovativ und sehr gründlich annehmen. Die von uns bewohnte Welt so zu bewohnen, dass sie bewohnbar bleibt, meine Damen und Herren, das ist letztlich die Zielsetzung!

Ein weiteres Beispiel für ein Europa im Dienste der Bürger ist der Euro! Der Euro, der ja nicht nur praktisch ist, wenn man einen Ausflug über die Grenze machen will, sondern auch – und das wissen die kleinen und mittleren Unternehmen gerade in diesem Land – eine unschätzbare Schutzfunktion für unsere gesamte Wirtschaft hat. Wir haben ja die Kampfabwehrungen der Vergangenheit geradezu schon vergessen und die Auswirkungen, die das jeweils auf uns hatte.

Zur Zukunftsfestigkeit, meine Damen und Herren: Die Nachfrage nach der Europäischen Union steigt! Das ist etwas, was uns gerade im Bereich der internationalen Politik, im Bereich der Außenpolitik, der Außenpolitik der Europäischen Union auffällt. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen, mit der wir sorgfältig und sorgsam umgehen, denn sie wirft eine Reihe von schwierigen Fragen auf, mit denen wir auch uns in der Praxis auseinandersetzen müssen. Nehmen Sie etwas das Thema „Energie“. Hier brauchen wir ein besseres Europa! Europa muss zusammengenommen mehr als 50 % seiner Energie importieren, und das zum größten Teil aus politisch instabilen Regionen. Das ist eine Aufgabe nicht nur für die europäische Außenpolitik, sondern es ist auch eine Aufgabe für uns im Inneren der Europäischen Union. Hier brauchen wir die entsprechenden Werkzeuge, um vernünftig handeln zu können. Auch das ein Auftrag, der im Zusammenhang steht mit unserer Arbeit an der Verfassung, an diesem grundlegenden Regelwerk, an dem wir seit geraumer Zeit schon arbeiten, und bei dem sich besonders die deutsche Präsidentschaft jetzt hier einsetzen wird.

Wir möchten in dieser neuen vertraglichen Grundlage – und das ist ja aus österreichischer Sicht klar – diesen fein ausgewogenen Kompromiss, den wir hier letztlich zustande gebracht haben, wahren können. Ich glaube, jetzt, wo ein bisschen Zeit vergangen ist und wo uns die Distanz erlaubt, doch das Gesamtwerk wieder uns vor Augen zu führen, sehen wir auch wie schwierig es wäre, hier einzelne Bereiche herauszubrechen. Es wäre, und Frauen können mit diesem Vergleich glaube ich etwas anfangen, ungefähr so wie wenn man aus einem Pullover eine Masche fallen ließe; man kann gar nicht so schnell hinschauen wie der Pullover als Ganzer aufgetrennt worden ist. Natürlich hätte jedes Land eine eigene Vorstellung davon, welche Masche fallengelassen werden könnte. Bei 27 Maschen, die dann zu laufen beginnen, und das wäre wohl das Minimum, kann man sich etwa vorstellen wie schnell es hier zu einem Ende kommen würde.

Warum wollen wir dieses neue, brauchen wir dieses neue Verfassungswerk oder dieses neue Vertragswerk? Ich selbst bin im Umgang mit dem Ausdruck „Verfassung“ immer sorgfältig gewesen, schon vor einem Jahr in Klosterneuburg, als wir zum ersten Mal wieder um einen Tisch gesessen sind, die europäischen Außenminister, und das Thema diskutiert haben,



habe ich mich eher auf die grundlegenden Rechtsregeln sprachlich hinorientiert als auf den Ausdruck „Verfassung“, der viele unnötige Unruhe ausgelöst hat in verschiedenen Ländern.

Warum wollen wir also diese Verfassung. Erstens, weil sie einen bemerkenswerten Demokratieschub bringen wird. Das Europäische Parlament als die europaweite Volksvertretung würde zusätzliche Mitwirkungsrechte bekommen, vor allem aber auch – und das ist wichtig – die nationalen Parlamente, die den Bürgern ja auch sehr nahe stehen, konkret, der österreichische Nationalrat und Bundesrat könnten Einspruch erheben, wenn sie zum Schluss gelangen, dass eine europäische Regelung keinen Mehrwert brächte. Durch diesen so genannten Frühwarnmechanismus könnten Überregulierungen durch Brüssel rasch und wirksam verhindert werden.

Auf die Rolle der Regionen und Gemeinden hast Du, Herr Landeshauptmann, ja bereits hingewiesen. Auch ihnen käme eine stärkere Stellung im europäischen Rechtsgefüge zu. Ihr Selbstverwaltungsrecht würde auch von der Europäischen Union ausdrücklich anerkannt. Der neue Vertrag hätte – vergleichbar mit der österreichischen Bundesverfassung – einen Kompetenzkatalog, der klar regeln würde, wo die Zuständigkeiten wahrzunehmen sind, auf welcher Ebene. Das alles sind ja keine Selbstverständlichkeiten. Es sind zum Teil auch österreichische Verhandlungserfolge, die hier vorliegen. Sie zeigen, dass wir uns hier für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen einsetzen werden.

Der Grundrechtekatalog. Ein weiterer Teil dessen, was uns sehr wichtig ist an diesem neuen Vertrag. Ein eigener, moderner, ein umfassender Grundrechtekatalog, der Neuerungen enthält: Minderheitenrechte verankert, das Recht auf Datenschutz, das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz durch andere Mitgliedsstaaten, das Verbot des Klonens, die Rechte von Kindern, um nur einige zu erwähnen. Auch der leichtere Zugang für den Einzelnen zum Europäischen Gerichtshof.

Ein Punkt vielleicht noch: die europäische Bürgerinitiative, um einen österreichischen Ausdruck zu gebrauchen – ein Volksbegehren, das von einer Million Bürgern dieser Europäischen Union gestartet werden kann.

Die Rechtsgrundlage für eine europäische Energiepolitik – schon erwähnt.

Das als Ausdruck dafür, dass mehr Europa, ein besseres Europa, ein besser gemachtes Europa in Einzelpunkten, keineswegs ein Luxus oder eine zusätzliche Bürde, sondern ganz einfach eine sachliche Notwendigkeit ist.

Ein weiterer Schlüsselbereich, der auch im neuen Vertragswerk eine große Rolle spielt, ist die innere Sicherheit. Denn, ob es uns gefällt oder nicht, die Themen internationale Kriminalität, Drogenhandel, Terrorismus, sind Themen, mit denen wir ganz einfach in der Praxis konfrontiert sind. Sie versuchen sich als Trittbrettfahrer dieser offenen Grenzen, dem müssen und dem werden wir auch Einhalt gebieten. Hier brauchen wir wirksamere Werkzeuge. Mehr als in irgendeinem anderen Bereich würde der neue Vertrag bei der europaweiten Verbrechensbekämpfung einen echten Qualitätssprung bringen.

Meine Damen und Herren!

Ein paar Worte noch über diese Vertragsreformsthematik hinaus. Die Dimension der Arbeit, die wir jetzt machen, die eine Konsolidierungsarbeit ist in Europa auch, zeigt uns eigentlich ganz gut die Donau. Ein paar hundert Meter von hier – die Donau, die seit Beginn dieses Jahres, seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien, so etwas geworden ist wie ein EU-Binnenfluss. Ich weiß schon, Serbien, Kroatien, das steht noch bevor. Aber ich glaube, hier ist ein Symbol für das neue Europa, ein Symbol, das die ältesten Mitgliedsstaaten mit den jüngsten und nicht zuletzt auch mit den zukünftigen verbindet.

Ich freue mich, dass ich gestern gehört habe, dass die Verhandlungen mit Serbien wieder aufgenommen werden über ein Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen. Ich hoffe, dass wir am Ende dieses Jahres mit allen Partnern am Balkan ein Vertragsverhältnis haben werden: Europäische Union und jedes einzelne dieser Länder. Es schaut seit gestern in diesem Bereich wieder besser aus, denn für mich ist ganz klar, und es ist gar nicht neu, es ist aber genauso dringend wie bisher, die Wiedervereinigung unseres Kontinents kann nicht ohne die Staaten des West-Balkans abgeschlossen sein. Sie alle, jedes einzelne Land, werden ihren Platz in der Europäischen Union haben.

Wir werden uns in den nächsten Jahren aber auch mit der Gestaltung unseres Verhältnisses zur Türkei zu befassen haben. Das tun wir Österreicher schon seit einiger Zeit sehr intensiv, und ich erinnere mich, dass auf Deine Einladung, Herr Landeshauptmann, vor zwei Jahren Abdullah Gül hier gewesen ist, gemeint mit Vuk Draskovic, es war ein spannender Moment. Es hat eine Reihe von sehr spannenden Themen aufgeworfen, Themen, mit denen die Türkei sich jetzt auch selbst befasst, sehr intensiv befasst in dieser kritischen Phase eines Selbstklärungsprozesses, in dem die Türkei sich befindet, muss sie eben klären, welchen Weg sie einschlagen will. Wir, aus europäischer Sicht, brauchen hier Geduld, Aufgeschlossenheit und auch ein Stehen zu dem Angebot, das wir gemacht haben. Das ist es, was wir jetzt in dieser Phase am überzeugendsten beitragen können.

Herr Landeshauptmann, Du hast Russland angesprochen – unsere strategische Partnerschaft, an der wir arbeiten, mit einigen Mühen, aber mit großer Entschlossenheit, denn es gibt gar keine vernünftige Alternative zu einer strategischen Partnerschaft Europäische Union und Russland. Wir haben höchstes Interesse an vielfältigen dichten Beziehungen, die wir ja auch in Wirklichkeit schon haben. Ein neues gemeinsames Regelwerk in diesem Zusammenhang ist ein ganz wichtiges Anliegen, vor allem wieder für die kleineren und mittleren Staaten im Umgang mit Russland.

Wir haben hervorragende bilaterale Beziehungen. Das hat sich gezeigt auch anlässlich des Staatsbesuches. Wir haben auch klar gemacht in aller Freundlichkeit und aller Freundschaft, von österreichischer Seite wird es kein Ausscheren aus der EU-Solidarität, aus der EU-Gemeinsamkeit geben. Das ist ein Punkt, der verdient festgehalten zu werden in aller Ruhe und aller Unaufgeregtheit, und ich glaube, unsere russischen Freunde und Partner haben das auch durchaus so entgegengenommen.

Adolf Musch hat am 9. Mai mir etwas in Erinnerung gerufen, was ich mit Ihnen teilen möchte zum Schluss dieser paar Worte: Er hat über die Veränderung gesprochen und über unsere Einstellung zu Veränderung. Ich zitiere: „Wir tun gut daran, die Veränderung, der wir ja doch nicht entgegen, zu lernen“.

Für diesen Lernprozess wünsche ich uns allen viel Vergnügen!